

Grundrecht zum Landverbrauch?

BUND: Boden keine nachwachsende Ressource

Eine deutliche Umkehr bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jetzt in einer Stellungnahme zur bevorstehenden Kommunalwahl. „Schauen Sie sich die Kandidaten, die Sie wählen wollen, daraufhin gut an“, empfiehlt Dr. Harald Schwentker, Vorsitzender der BUND Kreisgruppe Bad Dürkheim. „Der galoppierende Landverbrauch ist nach wie vor eines der größten ungelösten Umweltprobleme in Deutschland. Und verantwortlich für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs sind in erster Linie unsere Kommunalpolitiker und die regionalen Planungsträger.“

Ziel müsse sein, so wenig neue Flächen wie möglich zu bebauen, weder mit Gebäuden noch mit Straßen. Asphaltierte Flächen müssten an anderer Stelle in ihren natürlichen Zustand zurück versetzt werden, falls es für eine Neuversiegelung keine umweltverträgliche Alternative gebe, fordert der BUND. „In jedem Fall aber müssen Stadt- oder Dorferneuerung Vorrang vor Neubaugebieten haben“. Hier sehen die Naturschützer eine große Chance für eine positive Ortsentwicklung: Baulücken könnten geschlossen, vorhandene Gebäude neu aufgeteilt oder leer stehende Wohnungen und Häuser wieder genutzt werden. Gemeinden, die gezielt ungenutzte Gewerbeflächen und leer stehende Gebäude erfassen, hätten darüber hinaus die Möglichkeit, auf Nachfragen flexibel zu reagieren und kostspielige Erschließungsmaßnahmen einzusparen.

Der Konkurrenzkampf zwischen den Gemeinden um neue Einwohner, Arbeitsplätze oder Investoren treibe seltsame Blüten, stellt der BUND fest. Man schiele auf Gewerbesteuererinnahmen, auf Finanzausweisungen, die häufig nach Einwohnerzahlen gestaffelt sind, oder Investoren spielten Gemeinden gegeneinander aus. Und das Ergebnis? „Neue Gewerbegebiete werden ohne Bedarfsanalyse auf der grünen Wiese geplant – und stehen in der Folge häufig leer. Immer noch werden neue Siedlungsgebiete ausgewiesen, obwohl keine Nachfrage abzusehen ist. Derzeit missverstehen die Gemeinden ihre Planungshoheit als ein Grundrecht zum Landverbrauch!“

Zurzeit werde in Rheinland-Pfalz jeden Tag die Fläche von etwa zehn Fußballfeldern für Siedlungs- und Straßenbauten neu in Anspruch genommen. „Die Landschaft wird zersiedelt und verschandelt, wertvolle Biotopflächen am Siedlungsrand - wie beispielsweise Streuobstwiesen - gehen verloren, und der Boden wird täglich mehr zubetoniert. Mit den überall gleich langweilig aussehenden Siedlungs- und Gewerbegebieten verliert das Land sein Gesicht, seine lokale oder regionale Identität und mit der Aufgabe und Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen ein Potenzial für nachhaltig umweltverträgliche Entwicklung“, argumentiert der BUND.

Die Umweltschützer zitieren Prognosen zum demographischen Wandel, die für Rheinland-Pfalz bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang von 25%, gebietsweise sogar bis 50% vorhersagen, mehr als im Bundesdurchschnitt. „Es wird also

weniger Wohnraum benötigt, wesentlich weniger Menschen müssen die hohen Unterhaltskosten für Straßen und Gewerbeflächen aufbringen.“

Ein Umsteuern im Bereich der Siedlungsentwicklung in den innerörtlichen Bereich liege im Interesse der Allgemeinheit, der Gemeinden und der Bevölkerung. „Der Boden ist eine nicht nachwachsende Ressource!“ mahnt der BUND.

Diese Art der Siedlungsentwicklung und eine Gebäudearchitektur, die schon bei der Planung auf minimalen Energieverbrauch setzt, seien zudem ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Energieeinsparung.